

## **Gemeinsame Sicherheit muss Europas Zukunft sein**

Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik

am 14. März 2018 in Berlin

*Es gilt das gesprochene Wort*

### **Einleitung**

Die Welt hat sich in den vergangenen fünf Jahren dramatisch verändert. Die Zeichen sehen Sie überall. Hier, im Berliner Mikro-Kosmos, dauert es fast ein halbes Jahr um eine Regierung ins Amt zu bringen, ein Novum für Deutschland. In Europa geht es erstmals seit dem Ende des Kalten Kriege nicht um die Aufnahme neuer Mitglieder, sondern um den Austritt eines großen europäischen Staates, einer der beiden europäischen Atommächte und eines Ständigen Mitglieds des Weltsicherheitsrates aus der EU, einer der Organisationen, die Europa die längste Friedensperiode seiner blutigen Geschichte beschert haben. Vielleicht erleben wir damit Symptome unserer „schönen, neuen Welt“, einer global vernetzten und miteinander verbundenen Welt, die aus allen Fugen zu geraten scheint, weil die im vergangenen Jahrhundert erfundenen Ordnungssysteme nicht mehr zu halten scheinen oder gar zu zerbrechen drohen. Der Traum, ja die Forderung der Menschen aber bleibt unverändert: Sie wollen Sicherheit. Die Schutzaufgabe des Staates ist und bleibt die erste und vornehmste Pflicht des Staates. Wird der Staat dem nicht mehr gerecht, kann er Sicherheit nicht mehr garantieren, dann wenden sich die Menschen von ihm ab, das

Vertrauen in die Politik schwindet und die Scharlatane gewinnen Zulauf. Doch wir leben in Deutschland doch in Sicherheit, ist deshalb „Weiter so“ nicht auch hier die Antwort? Ich denke, damit würden wir auf Sand bauen, denn wir leben in einer Welt ohne Sicherheit, in einer Welt, in der viele Sicherheitsorgane, so auch die Bundeswehr durch politisches Verschulden nur eingeschränkt funktionieren und in der jeden Tag Unerwartetes neue Gefahren bringen kann. Doch Veränderung in unserer satten und immer älter werdenden Gesellschaft durchzusetzen ist fast unmöglich. Jedermann betont zwar wie nötig Veränderung sei, aber unsere Konsens- und Verbändegeellschaft wehrt sich hartnäckig gegen jede Veränderung. Andererseits dämmert den Menschen schon, dass gewaltige Veränderungen ins Haus stehen, die unsere Gesellschaft nachhaltig und tiefgreifend verändern werden, ich nenne nur das Schlagwort Digitalisierung. Doch darüber spreche ich heute Abend nicht, ich spreche über die Unsicherheit, die uns eine kaum noch berechenbare internationale Umwelt bringen wird. Ich will Ihnen die internationale Lage nüchtern, aber keineswegs pessimistisch schildern und versuchen ableiten, was getan werden sollte, damit auch unsere Enkelkinder in Sicherheit leben werden.

Europa war bis zum Frühjahr 2014 Teil einer Welt, die auf der Hoffnung beruhte, Krieg sei in Europa gebannt, die dachte, die vielversprechende Partnerschaft mit Russland könne weiter gefestigt werden, die hoffte, Europa könne noch enger zusammenwachsen und die davon ausging, dass Europa sich auch künftig auf die Sicherheitsgarantie der USA verlassen könne. Diese Welt ist zerbrochen. Sie wird voraussichtlich auch nicht wieder hergestellt werden, ja sie könnte sogar noch weiter zerbrechen, denn weder die EU noch der transatlantische Verbund sind gegen weitere Schäden oder gar Zerfall gefeit.

Den Anfang machte 2014 Putins rechtswidrige Annexion der Krim. Russland zeigte der Welt, dass es nicht Partner sein will, dass es internationale, von Russland

garantierte Grenzen nicht achtet und dass es bereit ist, zur Durchsetzung russischer Interessen militärische Gewalt einzusetzen. Dann zerbrach 2015, nicht ohne deutsche Mitverantwortung, der Traum von einem gemeinsam handelnden Europa unter dem Ansturm der Flüchtlinge. Die Briten verließen 2016, vielleicht auch deshalb, das EU-Boot und andere zeigten, dass sie nur im Nehmen solidarisch sind, nicht aber im Teilen. Noch schlimmer aber kam es als Europa nach seiner strategischen Dummheit TTIP nicht anzunehmen 2017 erkennen musste, dass es sich auf die Beistandsgarantie der USA unter dem kaum berechenbaren Präsident Trump nicht mehr vorbehaltlos verlassen kann. Das widerfuhr einem schwachen Europa, das zu seinem Schutz heute stärker denn je von den USA abhängt, das kaum noch in der Lage ist sich vor äußerer Gefahr aus eigener Kraft zu schützen und dessen Peripherien im Osten, Südosten und Süden instabil sind. Amerikas Rückzug aus globaler Verantwortung, eingeleitet durch Obamas Preisgabe des Mittleren Ostens, fortgesetzt mit Trumps Freibrief für China im asiatisch-pazifischen Raum, ausgestellt mit der Kündigung von TPP, sowie dem Verzicht der USA, Chinas Rechtsbrüche im südchinesischen Meer auch nur anzusprechen, hat Europa gezeigt, dass es endlich seine Sicherheit in die eigenen Hände nehmen muss. Nun krönt Trump den Rückzug der USA auch noch mit einer nationalistischen Steuerreform, die den Wettbewerb im freien Welthandel verzerren dürfte. Zudem scheint er bereit, einen Handelskrieg auch mit seinen Verbündeten zu beginnen. Doch Europa ist mit sich selbst beschäftigt, sieht nach Innen, versucht zu verhindern, dass dem BREXIT weiterer Zerfall folgt, die vom Euro erzeugten Brüche zwischen Nord und Süd noch größer werden und die Kluft in der Flüchtlingsfrage zwischen dem Osten und Teilen des Westens nicht noch tiefer wird. Europas Politiker fürchten sich den Wählern Veränderungen zuzumuten, versäumen Konzepte für die raue Welt von Morgen zu entwickeln und verspielen so ihre Glaubwürdigkeit. Die Außenpolitik der EU ist

Stückwerk, Machtmittel sie umzusetzen fehlen sowieso und ein Konzept für Asien, einem für die EU unverzichtbaren Raum, fehlt ganz und gar. Schlimmer aber noch scheint mir, dass Chinas Herausforderung, eine neue globale Weltordnung anzubieten, unbeantwortet bleibt, denn Trumps USA stellt Nationalismus über die Idee des Westens und die Europäer schweigen. Die Pflichtübungen bei Staatsbesuchen, wenn von China die Menschenrechte eingefordert werden, obwohl jedermann weiß, dass Menschenrechte und Kommunismus unvereinbar sind, waren noch nie ausreichend. Doch jetzt geht es mehr, es geht um den Kern unserer Werteordnung. Xi Jinping zeigt, dass Menschenrechte für ihn Papier sind und er erhebt den Anspruch, den Armen dieser Welt ein alternatives Modell zu der Idee des Westens anbieten zu können. Er bietet ein zentral gelenktes Modell, in dem der Staat alles regelt, in dem das Individuum Pflichten, aber keine Rechte hat und sich nicht wie bei uns darauf verlassen kann, dass seine Rechte durch die Macht des Rechts geschützt werden. Unsere Werteordnung gewährt Freiheit, das will Xi, seit wenigen Tagen nun Diktator auf Lebenszeit, nie und nimmer. Doch er verkennt wohl, dass nur durch Freiheit sich die Kreativität entfaltet aus der allein Innovation entsteht. Das ist die essentielle Ressource für wirtschaftliches Wachstum. Wir stehen also wohl am Beginn eines globalen Wettbewerbs der Werteordnungen. Unsere Ordnung wird wie bisher bedroht durch die Autokraten dieser Welt, doch nun wird sie auch noch herausgefordert durch Chinas alternative Weltordnung. Das ist letztlich der Kern der Änderungen seit 2014. Damit stehen Schutz und Sicherheit wieder im Vordergrund. Eigentlich müssten wir gerade hier in Berlin nicht erinnert werden, dass es Freiheit nur gibt, wo Freie die Verantwortung übernehmen, sie zu schützen. Doch Sicherheit spielt in der politischen Diskussion dieser Tage kaum eine Rolle, die Koalitionsvereinbarung drückt dies deutlich aus: Die Aussagen zur Verteidigung sind blutleer und enttäuschend. Man sieht eben Sicherheit als gegeben an, verdrängt dabei aber,

dass man in einer Welt aus allen Fugen für Sicherheit etwas tun muss. Europa ist jetzt das letzte Bollwerk der Idee des Westens. Doch Europa wirkt noch immer gelähmt und unser Land scheint nicht bereit, die Initiative für eine Antwort Europas auf die Unsicherheiten dieser Welt zu ergreifen. Doch ohne Deutschland gibt es kein gemeinsames Handeln Europas so wie es bis auf weiteres angesichts europäischer Schwäche ohne die USA keine Sicherheit für Europa gibt. Die Frage ist deshalb, ob, wann und wie Europa sein Schicksal in seine eigenen Hände nehmen kann. Gemeinsame Sicherheit könnte also durchaus die Idee sein, die Europa erneut einen könnte. Dafür die Menschen zu gewinnen verlangt ihnen sagen, mit welchen Gefahren zu rechnen ist und wie man ihnen begegnen sollte.

### **Die Gefahren**

Ich beginne mit der guten Nachricht: Ich denke nicht, dass Kriegsgefahr in Europa über den in der Ukraine Tag für Tag geführten Krieg hinaus besteht, wenn ich beiseite lasse, dass auch künftig nichtstaatliche Akteure wie Terroristen Kriegshandlungen auf den Gebieten unserer Staaten verüben werden.

Ich denke also nicht, dass Putin weitere Abenteuer à la Krim wagen wird. Er könnte das vielleicht militärisch riskieren und dabei auch kurzfristige operative Erfolge erzielen, aber einen Krieg mit einem geschlossen handelnden Westen kann er militärisch nicht gewinnen. Hinzukommt, dass er schon heute Russland durch seine verstärkte Rüstung wirtschaftlich überfordert und er zusätzlich die drei Mühlsteine um seinen Hals, Krim, Ukraine und Syrien, zu schleppen hat. Mir scheint, Putin hat aus dem Scheitern der Sowjetunion nichts gelernt und deshalb folgere ich auch, dass keine Kriegsgefahr besteht solange die NATO in ihrer Bereitschaft und Fähigkeit zur gemeinsamen Verteidigung des NATO Gebietes geschlossen bleibt. Die aber steht und fällt mit dem Willen der USA Europa notfalls zu verteidigen, denn nur mit den USA kann verhindert werden, dass Russland seine verstärkte nukleare Rüstung

erpresserisch nutzt. Die neue nationale Sicherheitsstrategie der USA lässt an dem Schutz der USA für ihre Verbündeten, auch dem nuklearen, keinen Zweifel. Offen bleibt allerdings, ob der Präsident so handeln würde wie es die von ihm gebilligte Strategie vorsieht. Dennoch, Russland dürfte wohl keine militärischen Abenteuer wagen, aber es wird alles tun um die EU zu spalten und die NATO zu schwächen, vielleicht mit dem Nahziel die Türkei aus der NATO zu lösen. Der durch Trump in Europa verstärkte Anti-Amerikanismus hilft dabei. Russland will sich so vor der Ansteckungsgefahr durch freiheitliches Denken schützen, denn die jungen Russen sehen die Stagnation, sie sehen, dass nichts geschieht um das Land zu modernisieren, dass Korruption um sich greift, Rechtlosigkeit freien Handel behindert und, vielleicht am Schlimmsten, eine ohnehin schon gefährliche demographische Entwicklung in Russland durch die jährliche Abwanderung von bis zu 200.000 gut ausgebildeten jungen Russen außer Kontrolle geraten könnte. Russland bleibt somit ein Risiko für Europa, aber kaum eine echte Gefahr. Es zu mindern heißt, Wege zu finden Russland durch eine intelligente Verknüpfung von abschreckender Verteidigungsfähigkeit und Dialog zu erneuter Kooperation zu führen. Dabei ist klare Sprache vonnöten, ohne jede Unterwürfigkeit und ohne jede Vorleistung ohne russische Gegenleistung. Letzteres gilt auch für die Lockerung der Sanktionen. Dann könnte man vielleicht verhindern, dass Russland aus seiner Position anhaltender Schwäche, getrieben vom Drang nach Weltgeltung mit dem Putin von seinem innenpolitischen Versagen abzulenken sucht, neue Abenteuer à la Syrien beginnt und damit Diktatoren an Europas südöstlicher Peripherie stützt. Von dort drohen weitere Risiken. Die Staatenwelt des Nahen Ostens ist in Umbruch und Aufruhr. Ich weiß nicht wie die politische Landkarte der Region zwischen Bosphorus und der Strasse von Hormuz in zehn oder gar zwanzig Jahren aussehen wird, ich nehme aber an, wir werden sie, Israel ausgenommen, kaum

wiedererkennen. Inzwischen wird es dort Bürgerkriege und Stellvertreterkriege geben, möglicherweise auch den direkten Krieg zwischen Iran und den sunnitischen Staaten am Golf. Staaten wie Syrien, Libanon und Irak könnten zerfallen, neue wie ein Kurdenstaat könnten trotz türkischen Widerstands entstehen. Erkennbar ist schon jetzt die schiitische Brücke von Teheran über den Irak, Syrien und den Libanon zum Mittelmeer, die den Iran zur direkten Gefahr für Israel werden lässt. Vermutlich wird es zusätzlich zu Israel weitere atomar bewaffnete Staaten geben, denn das hier so gepriesene Atomabkommen mit dem Iran verhindert keineswegs, dass der Iran Atommacht wird. Greift er 2025 nach der Bombe, dann dürften Saudi Arabien, vielleicht auch die Türkei und später Ägypten folgen. Das wäre das Ende des Atomwaffensperrvertrages, aber schlimmer noch, die Gefahr eines Nuklearkrieges vor den Toren Europas würde zunehmen. Nicht zuletzt deshalb sollte der Nahe Osten Schwerpunkt der Sicherheitsvorsorge Europas sein. Europa muss dort Kriege verhindern und seine Außengrenzen schützen, Letzteres vermutlich auch militärisch, ähnlich wie heute bereits im Irak. Europa braucht dort Partner, Israel als einzige Demokratie der Region ist sicher einer, aber auch die Türkei, in der die gegenwärtige Autokratie hoffentlich nur ein Intermezzo ist, bleibt ein strategischer Partner. Das Abdriften der Türkei in Richtung Russland und Iran zu verhindern ist strategisches Interesse Europas. Krieg droht von Europas südöstlicher Peripherie wohl nicht, sicher aber weiterhin Ressourcen verschlingende Instabilität und weitere Flüchtlingswellen, weil die schnell wachsende Jugend der Region keine Zukunft in der Heimat hat.

Allerdings dürfte der Bevölkerungsdruck weit geringer sein als der aus Afrika zu erwartende. Die Bevölkerung Afrikas wächst jährlich um 30 Millionen und könnte bis 2050 von heute 1,25 Milliarden auf 2,5 Milliarden wachsen. Es müssten jährlich 20 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden um die jungen Afrikaner in ihren

Heimatländern zu halten, doch es sind im Durchschnitt nur vier. Das Wirtschaftswachstum Afrikas, 2017 vermutlich 3,5 % wird somit buchstäblich von der nachwachsenden Jugend aufgefressen. Der Migrationsdruck wird somit zunehmen, weil Misswirtschaft, unfähige Regierungen und Korruption vermutlich die Besten zur Flucht bewegen. Was wir gegenwärtig am Nordufer Afrikas erleben ist nur ein Vorspiel einer gewaltigen Flüchtlingswelle. Militärische Lösungen gibt es für dieses Problem nicht, aber ganz ohne Militär wird es auch nicht gehen, denn Voraussetzung aller denkbaren Lösungen ist Sicherheit, nur dann wird es Investitionen in Afrika geben. Das beginnt mit Rechtssicherheit und good governance, kann aber eben auch den Schutz von Anlagen und Handelswegen erfordern. Europa muss hier handeln, Afrika ist sein Vorfeld. Die 60 Milliarden ausländischer Investitionen, davon die Masse aus China, die allerdings zur Sicherung des chinesischen Rohstoffbedarfs, reichen nicht aus. Es muss bei Bildung geholfen werden, das ist immer noch der beste Weg Bevölkerungswachstum zu bremsen, und man wird den Markt Europas für afrikanische Produkte öffnen müssen, auch wenn das die EU-Landwirtschaftslobby an den Rand des Wahnsinns treiben wird. Der von Deutschland angestoßene Compact with Africa muss zu einer umfassenden EU-Strategie für Afrika erweitert werden. Ich halte das für die Schicksalsfrage Europas. Verharren wir im Zusehen, dann wird Afrikas Teufelskreis aus Armut und Bevölkerungswachstum zu Explosionen führen, die für Europa zu tödlicher Gefahr werden könnten.

Das ist in kurzen Worten die Europa direkt betreffende Welt von heute, also auch ohne die Krisen in Asien eine höchst unsichere Welt.

Doch Europa darf angesichts des amerikanischen Rückzugs Asien nicht aus dem Auge verlieren. Überlässt es dieses Zentrum des Welthandels China, dann verspielt Europa jetzt die Zukunft seiner Kinder. Europa muss die Signale aus Australien und

den ASEAN Staaten aufnehmen und erwidern, dann könnte im Zusammenwirken mit den USA eine kooperative Lösung in Asien gefunden werden. Doch die Suche danach hängt am seidenen Faden Nord-Korea. Die Machthaber dort wollen sicher keinen Krieg. Sie wissen, dass er mit ihrer Vernichtung enden würde, aber die Gefahr der Misskalkulation dort und damit Kriegsgefahr ist trotz des nun angekündigten Gipfeltreffens zwischen Kim Jong Un und Präsident Trump keineswegs bereits völlig gebannt. Zunächst ist das Treffen sicher eher ein Erfolg Kims, denn es festigt seine Macht. Nordkorea wird seine Atomwaffen wohl kaum aufgeben, sie sind die Lebensversicherung des Regimes. Die derzeitigen Tauwettersignale sollten keine Hoffnungen auf ein Ende der Krise wecken. Was man durch Verhandlung vielleicht erreichen kann sind Rüstungsbegrenzung und Verzicht auf Rüstungsexport wie er in Syrien dem Assad Regime geholfen hat.

Doch wichtiger als Korea ist dem nun durch erneut erhöhten Verteidigungshaushalt und dessen Ziel eine über die Region hinausreichende Projektionsfähigkeit zur See und in der Luft untermauerten globalen Anspruch Chinas friedlich entgegen zu treten. Das Konzept der neuen Seidenstrasse ist im südchinesischen Meer in der Umsetzung. Es ist die Untermauerung eines globalen Anspruchs Chinas. Europa als letzte Bastion der Idee des Westens muss sich der chinesischen Herausforderung als letzter Ankerplatz für Demokratien auch in Asien stellen oder sich langfristig auf Unterwerfung einstellen. Viel Zeit dafür bleibt Europa nicht, ich denke zehn Jahre ist eine optimistische Schätzung.

Doch das ist nur das derzeitige Bild und das allein reicht nicht aus, um eine auch in der Zukunft haltbare Antwort zu finden.

Bei der DWT zu Gast fange ich wohl am Besten mit den Risiken an, die technologische Risiken Entwicklungen bringen könnten. Ich beginne nicht mit Digitalisierung und Cyber Operations an, das ist für mich schon Gegenwart,

wenngleich wir in einem Punkt keine Illusionen haben dürfen: Verteidigung und Schutz gegen Cyber Angriffe verlangen zwingend selbst auch die Fähigkeit zu haben in andere Systeme einzudringen und sie lähmen zu können.

Doch sich damit zu begnügen wäre zu kurz gesprungen. Das Feld künftiger Entwicklungen ist weit. Es reicht von neuen Antriebstechniken über Nano-Technologie, den Quantencomputer, Bionik in Verbindung mit Robotik bis hin zur Künstlichen Intelligenz mit der man all diese Techniken verbinden und so Instrumente schaffen kann, die taktische und operative, vielleicht sogar strategische Überraschung schaffen können. Einige von Ihnen wissen dazu vermutlich mehr als ich. Sicher ist für mich nur, dass diese Entwicklungen uns vor schwierigste ethisch-moralische Fragen stellen werden. Das für mich nicht akzeptable autonome Töten könnte dabei noch eine der einfachsten sein. Wegducken oder Aussitzen wie bei der sehr einfachen Frage bewaffneter Drohnen ist schon heute keine Option, in der Zukunft erst recht nicht wenn Deutschland europafähig sein will.

Eine andere Sorge am Horizont ist das weitere Zerbrechen der Staatenwelt und die tatsächliche Übernahme der Macht über Staaten durch industrielle Kartelle, die dank unbegrenzter finanzieller Mittel Zugang zu allen Machtmitteln haben werden, die keinerlei politischer Kontrolle unterliegen und die sich an keinerlei Rechtsnormen gebunden fühlen.

Das mag für Manche wie Science Fiction klingen, ist aber in Teilen doch schon, wenn auch gern verdrängte Realität oder glaubt Jemand unter uns, man könne Giganten aus den Silicon Valleys dieser Welt noch politisch kontrollieren oder gar lenken?

Schließlich vergessen wir nicht, dass der Klimawandel ebenso zu ganz neuen Konflikten führen kann wie auch die durch Menschen erzeugte Pandemien. Der eisfrei werdende Arktische Ozean und die daraus entstehenden geostrategischen

Konsequenzen ist nur eine der einfachen Entwicklungen und selbst auf die ist Europa nicht so richtig vorbereitet.

Es zeichnet sich eine Welt ab, in der die Strategie der Verteidigung nicht mehr Reaktion, sondern vielleicht Prävention sein muss um zu verhindern, dass man gelähmt wird bevor man sich wehren kann.

Keines dieser Themen wird derzeit von den vorhandenen Strategiedokumenten Europas erfasst, doch man muss jetzt darüber nachdenken, wenn man vom Morgen nicht überrascht werden will. Vielleicht sollten wir uns an Don Rumsfelds Reaktion auf 9/11 ein Beispiel nehmen: Er ließ die besten Drehbuchautoren Hollywoods überlegen wie sie die USA tödlich treffen würden. Die Ergebnisse wurden aus guten Gründen nie veröffentlicht, aber einige der „black programs“ amerikanischer Rüstungsfirmen gehen vielleicht darauf zurück.

Kann Europa in dieser Welt jetzt seine Sicherheit in seine eigenen Hände nehmen? Meine Antwort ist nein, aber es muss jetzt anfangen. Dafür wären die Vorschläge Präsident Macrons die goldene Gelegenheit, vorausgesetzt Deutschland hätte eine Regierung in der Ansprüche und Mittel im Einklang stehen und die bereit wäre, Sicherheit wie Frankreich an den Anfang zu stellen. Doch selbst dann dürfte es in einem Punkt keine Illusionen geben: Außen- und sicherheitspolitischen Spielraum gewinnt die EU kurz- und mittelfristig nur, wenn in der Zeit des Aufbaus europäischer Fähigkeiten die Verbindung mit den USA und Kanada unverbrüchlich bestehen bleibt, denn Sicherheit für Europa gibt es nur im Bündnis mit den USA. Nur mit ihnen und nur durch sie kann Europa der nuklearen Macht Russlands begegnen und so nukleare Erpressung und im äußersten Fall Krieg verhindern. Das zu erreichen ist bei einem US Präsidenten schwer, der nichts ohne Gegenleistung tut. Europa muss also jetzt wenigstens begrenzte Handlungsfähigkeit erreichen und es muss zusätzlich bereit sein als Gegenküste fest mit der maritimen Weltmacht USA

verbunden zu bleiben. Das ist Europas stärkstes Argument, denn nur mit Europa an ihrer Seite können die USA Weltmacht bleiben, ohne Europa wären die USA auch nur eine Regionalmacht. Die Amerikaner brauchen uns und für uns sind die USA unersetzlich. Die NATO ist deshalb ein für die USA wie Europa unersetzlicher Verbund, sie ist für beide zum Schutz der gegenseitigen Investitionen und des für beide unersetzlichen Außenhandels einfach unverzichtbar. Nach Trumps Rückzug aus Asien gilt das mehr denn je. Für Europa allerdings ist die vertragliche Bindung der USA an Europa von existenzieller Bedeutung: Nur mit den USA im Rücken nimmt Putins Russland Europa und seine globale Wirtschaftsmacht ernst und nur dann kann es gelingen, mit Russland wieder zu Dialog und Kooperation zu finden und auch mit China in Asien statt Konfrontation Zusammenarbeit zu gestalten. Dieser Weg ist der einzige mit dem man über Sicherheit hinaus in Europa Stabilität erreichen, mit dem man für Europa die von Russland erzeugte nukleare Gefahr bannen und mit dem man Russlands Jugend die Hoffnung auf eine freie Zukunft erhalten kann.

Diese Sicherheit ist nur zu erreichen, wenn die Staaten Europas, also die europäischen NATO Verbündeten und möglichst viele EU Staaten, in der Sicherheitspolitik noch enger als heute zusammen arbeiten. Gemeinsame Sicherheit ist also Europas Zukunft, doch für eine in ihrer Dauer noch unbestimmte Zeit kann die Gestaltung nur unter dem Dach der atlantischen Allianz erfolgen, die durch Europas Anstrengungen zugleich gestärkt würde.

Für das Militär heißt das natürlich nicht eine Europaarmee aufzubauen. Die bleibt ein Hirngespinnst so lange die Staaten Europas nicht bereit sind wenigstens in Teilbereichen Souveränität auf internationale Organisationen zu übertragen.

Niemand ist derzeit dazu bereit, Deutschland am wenigsten. Der deutsche Parlamentsvorbehalt für Einsätze der Bundeswehr in seiner derzeitigen Handhabung

wird von den Verbündeten als Indiz gesehen, dass man sich auf Deutschland nicht verlassen könne, obwohl noch kein Einsatz am Parlament gescheitert ist. Bleibt die derzeitige Handhabung aber unverändert wird es bei den derzeitigen Trippelschritten bleiben, obwohl mehr europäische Zusammenarbeit geboten ist und internationale Truppenteile Milliarden einsparen könnten ohne Effizienz zu verlieren. Wie man die Handhabung ändern könnte ohne Befugnisse des Parlaments zu mindern hat der frühere VgMin Rühle, leider ohne Resonanz in der vorangegangenen Regierung, vorgeschlagen.

Nur durch verstärkte europäische Anstrengungen können die Fragezeichen, ob Europa verlässlich und dauerhaft mit den USA rechnen aufgelöst werden. Die Kanzlerin sagte also schon das Richtige: Europa müsse nun sein Schicksal in seine eigenen Hände nehmen. Was sie nicht gesagt hat ist, was das bedeutet.

Die Regierung muss den Deutschen viel deutlicher als bislang geschehen sagen, welche Herausforderungen in der Außen und Sicherheitspolitik zu meistern sein werden. Die Zeit des Wegduckens, des sich Drückens vor Verantwortung, für Viele noch immer eine Option, ist endgültig vorbei.

In meinen Augen sind drei Schritte nötig: Die Fähigkeiten zum Schutz Deutschlands sind zu verbessern, zweitens sind die zunehmenden nuklearen Gefahren zu bewältigen und es ist, drittens, der politische Wille zu entwickeln, sich auch in Gefahr zu behaupten. Das Einfachste ist die materielle Seite der Medaille: Die Forderungen der USA an ihre NATO Verbündeten sind berechtigt. Die Versprechen der Europäer von Wales 2014 und Warschau 2016, bis 2024 etwa 2% des BIP für Verteidigung und davon 20 % für Investitionen auszugeben, letzteres übrigens auch eine im Rahmen von PESCO eingegangene Verpflichtung, muss nun mit Leben gefüllt werden. Das heißt, man muss sich zumindest in die Richtung 2% bewegen, aber nicht um sich von Zöllen frei zu kaufen, sondern weil die Verantwortung für Sicherheit

es gebietet. Für die Bundeswehr ist in meinen Augen die dringend gebotene nachhaltige Verbesserung ihrer Fähigkeiten nur zu erreichen, wenn man bis spätestens 2020 etwa auf 20 % Investitionen kommt und 1,5 bis 1,7 % des BIP als Anhalt für den Verteidigungshaushalt im kommenden Jahrzehnt wählt. Blicke es bei dem beschlossenen 51. Finanzplan, dann können Sie die beschlossene Modernisierung der Bundeswehr selbst bei Ausgleich für die zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen der Lohnrunde 2018 vergessen. Die Versäumnisse der letzten 15 Jahre verlangen nun rasches Handeln, dafür wird man etliche Milliarden zusätzlich brauchen. Der noch in diesem Jahr zu beschließende 52. FiPI wird uns allen zeigen, ob die Bundesregierung ihrer Verantwortung für die Sicherheit Deutschlands und den Schutz aller Bürger, auch der Soldaten, gerecht zu werden bereit ist.

Doch nicht die Ausgaben müssen im Vordergrund stehen, sondern das, was man daraus macht. Die europäischen NATO-Staaten müssen nun kampfkraftige Truppenteile zur Verteidigung des Bündnisgebietes zu Land, in der Luft und auf See aufstellen, einsatzbereit machen und den politischen Willen zeigen sie auch einzusetzen. Die Planungen des BMVG bis 2032 das zu tun, also die Ihnen bekannten Trendwenden, gehen in die richtige Richtung. Ich fürchte allerdings, bliebe es bei die Koalitionsvereinbarung , dass dann diese Planungen scheitern. Doch zusätzlich sind weitere Ergänzungen unabweisbar, denn zum einen muss die Truppe auch für den Ausbildungsbetrieb endlich so ausgestattet werden wie sie kämpfen soll und zum anderen muss die Bundeswehr, zumindest in Teilen, in der Lage sein, auch außerhalb des NATO-Gebiets kämpfen zu können. Deshalb müssen die Schwerpunkte noch deutlicher der Modernisierung von Aufklärungs- und Führungsfähigkeit, Verlegefähigkeit, vorzugsweise über See, und Interoperabilität, idealerweise in Form multinationaler Truppenteile, gelten. Des weiteren sind neue

Aufgabenfelder wie Cyber Operations einschließlich der Befähigung zum Eindringen in gegnerische Systeme, Raketenabwehr und Schutz vor modernen ABC-Waffen zu bedenken, aber auch verbesserte Fähigkeiten der Streitkräfte zur Unterstützung von Polizeikräften im Kampf gegen den Terrorismus. Das bedeutet natürlich, dass bei Beschaffungen aller Art auf Interoperabilität mit US und CA Fähigkeiten zu achten ist. Europäische Alleingänge verbieten sich. Die Fähigkeiten der Europäer sollten so gestaltet werden, dass sie als Module in der EU in regionalen Krisen eigenständig und zusammen mit entsprechenden US Modulen in größeren Krisen als NATO Kräfte eingesetzt werden können. Das kann gelingen, wenn man künftig Beschaffungen so tätigt, dass der schnell verfügbaren Leistungsfähigkeit der Truppe Vorrang vor den Interessen heimischer Industrien eingeräumt wird und bei allen Entscheidungen die auf dem Markt vorhandenen, rasch Kampfkraft erzeugenden Produkte den Vorzug vor Reißbretträumereien erhalten. Die europäische Industrie zu fördern ist da richtig, wo sie Weltspitze ist und wo man bereit ist, Exporte auch als Mittel der „defence diplomacy“ zu nutzen, auch darüber sollte die Koalition noch einmal nachdenken. Zusätzlich muss gelten, dass Gemeinschaftsprodukte Vorrang vor nationalen Alleingängen haben sollten. Deshalb ist die PESCO Entscheidung der EU auch zu begrüßen, doch die 17 Projekten sind viel zu zaghaft. Die EU muss eigene, auch in der NATO einsetzbare, zu verbundenen Operationen zu Land, in der Luft , auf See und im Cyberspace einsetzbare Interventionskräfte aufstellen. Die diesbezüglichen Forderungen Frankreichs sind mehr als berechtigt.

Damit habe ich den Handlungsbedarf umrissen: Es gilt mehr für Sicherheit zu tun und es gilt mehr europäische Zusammenarbeit zu erreichen. Diesen ersten Schritten müssen weitere folgen. Dazu muss man als Erstes eine Strategie entwickeln, die weit über die bestehende der EU hinausgeht, denn sie muss wirklich global angelegt sein, alle Felder der Sicherheit umfassen und auch auf die technischen

Entwicklungen von morgen sehen. Das sollte von Deutschland und Frankreich gemeinsam jetzt angepackt werden. Dem könnte dann die Anpassung und Ergänzung der Strategischen Konzepte von NATO und EU folgen, insbesondere im nuklearen Bereich. Vorrang sollte dabei haben, Formen der Zusammenarbeit finden, bei denen die Nutzung der großen Stärke der EU, die Verfügbarkeit aller Mittel der Politik, in einem geschlossenen politischen Ansatz möglich würde. Dann könnte Europa tatsächlich seinen Schutz verbessern und somit sein Schicksal stärker in die eigenen Hand nehmen.

So verändert könnte Europa regional handeln und in globalen Krisen seinen Beitrag zur Krisenbewältigung durch die NATO oder in der Unterstützung Verbündeter leisten. Eine solche Stärkung Europas würde zugleich die überlebenswichtige Verknüpfung mit den USA festigen.

Es gilt nun schnell Verbesserung zu erreichen und das kostet Geld. Die Bewegung in Richtung auf 2% des BIP sind eine gebotene und vernünftige Zielmarke für das Jahr 2024, also für die kommenden sechs Jahren. Nur wer in Bündnissen Zusagen einhält hat Einfluss. Sollte Europa das nicht tun, dann bleibt es bei Europas Abhängigkeit von den USA und dann könnten wir weitere Erpressungsversuche nach dem Muster der Handelszölle erleben.

Eine gestärkte EU aber und damit eben auch eine stärkere NATO könnten eine Arbeitsteilung ermöglichen, in der die EU regional in ihrer Peripherie handelt, vor allem in Afrika, und gemeinsam mit den USA in der NATO dort, wo gemeinsam Gefahren abzuwehren sind, also Schwerpunkt Erweiterter Naher Osten. Nutzen Europa und die USA/CA gemeinsam all ihre Ressourcen und handelten in enger Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Staaten, dann gibt es eine reelle Chance auf Sicherheit in unserer unruhigen Welt, auch eine Chance durch gemeinsames Handeln mit den Ungewissheiten der Zukunft fertig zu werden.

Erheblich schwieriger wird es die zweite Herausforderung zu bewältigen, mit den nuklearen Risiken fertig zu werden. Russland scheint daran zu glauben, es könne die USA im strategischen Bereich durch neue, bestenfalls in Erprobung befindliche Angriffswaffen einschüchtern, das ist der Kern von Putins Botschaft und zusätzlich seine konventionelle Unterlegenheit mit Nuklearwaffen und ihrem regional begrenzten Einsatz ausgleichen. So muss man auf Europa bezogen wohl die Einlassungen des russischen Generalstabschefs und die Übungen der russischen Streitkräfte verstehen. Wer so denkt, senkt die Nuklearschwelle und macht Atomkriege wahrscheinlicher. Dieser Gefahr muss man durch die eindeutige Botschaft begegnen, dass Russland für jeden Atomwaffeneinsatz gegen EU oder NATO-Staaten einen unannehmbar hohen Preis auf russischem Boden zu bezahlen hätte. Gleichzeitig muss man durch Dialog mit Russland die Gefahren zu bannen suchen und Russland dazu Anreize bieten, Instrumente dazu hat der Westen, ich nenne nur Nordstream 2 als Beispiel.. Die EU kann den Dialog nicht führen, weil Frankreich seine alleinige Entscheidungsgewalt in nuklearen Fragen kaum in gemeinsame EU-Überlegungen einbringen dürfte und Großbritannien in etwas mehr als einem Jahr nicht mehr zur EU gehört. Somit muss die nukleare Karte von der NATO gespielt werden und das geht aber nur mit einem Amerika, das fest zur NATO steht und das bereit ist, an dem von Russland gefährdeten INF Vertrag festzuhalten. Angesichts des erneuten Versuchs russischer Überrüstung und vor der Realität zunehmender Gefahr nuklearer Rüstungen in anderen Staaten ist das nukleare Risiko eine wirklich große Gefahr. Ich sehe zur ihrer Bewältigung keine bessere Lösung als den Doppelansatz von Abschreckung und Dialog. Es gilt als ersten Schritt die von Russland provozierten nuklearen Gefahren zu bannen. Danach könnte man gemeinsam mit Russland Lösungen suchen den Gefahren weltweiter nuklearer Proliferation zu begegnen. Für den Einstieg in den Dialog gilt es Anreize zu schaffen.

Russland scheint zwar derzeit einfach nicht Partner sein zu wollen, denn Putin braucht zur Sicherung seiner Macht einen Gegner um von seinem Versagen im Inneren abzulenken. Aber nach dem Wahltag am Jahrestag der Krim Annexion, also mittel- bis langfristig, mag manches anders gesagt werden, denn Russland braucht selbst für die Fortsetzung seines Verkaufs von Rohstoffen technische Hilfe und Kooperation mit dem Westen. Ich könnte mir deshalb vorstellen, dass die Versicherung keinen Regimewechsel anzustreben und wie bisher keine Waffe jemals einzusetzen, es sei denn in Reaktion auf einen Angriff, in Verbindung mit wirtschaftlich-industrieller Kooperation durchaus ein Anreiz wäre, der Russland überlegen lassen könnte zu den Grundsätzen der Charta von Paris zurückzukehren. Somit bleibt die Herausforderung Nummer drei, die in Deutschland vielleicht schwierigste. Es gilt in den Nationen Europas den Willen und die Bereitschaft zu entwickeln, gemeinsam etwas für Europas Sicherheit zu tun. Das würde Europas Abhängigkeit wenigstens verringern, beenden kann man sie ohnehin nicht, die Geo-Strategie spricht dagegen und ebenso der nur durch die USA zu erreichende nukleare Schutz. Beim Willen ist Deutschland das wohl schwächste Glied in Europas Kette. Die Deutschen haben sich daran gewöhnt, dass Sicherheit garantiert ist, durch Andere, und haben vergessen, dass man für den Erhalt von Freiheit und Sicherheit auch selbst etwas tun muss. In der Politik wurden Sicherheit und Verteidigung zur Nebensache und unter dem scheinbar noblen Wort von der Kultur der Zurückhaltung entwickelte sich Drückebergerei und die Haltung eines reichen und satten Trittbrettfahrers. Die deutsche Konsensgesellschaft, die Kontroversen scheut und somit den Bürger entmündigt, trug das Ihre dazu bei. Das muss sich nun ändern, wenn man umsetzen will, was die Kanzlerin richtigerweise sagte: Europa muss nun sein Schicksal ein Stück weit in die eigene Hand nehmen. Nur wenn Deutschland dazu den Willen aufbringt, die Kraft hat es, kann Europa seine Sicherheit gestalten.

Deutschland und Europa können in den Stürmen unserer Zeit bestehen, wir müssen es nur wollen. Auch Deutschland hätte die Kraft und die Mittel, Schutz und Sicherheit wieder als die erste Pflicht des Staates zu begreifen und dementsprechend zu handeln. Gemeinsame Sicherheit ist der Weg, der Europa wieder eine Vision geben könnte. Würde Deutschland nicht bereit sein, diesen Weg einzuschlagen, dann wird Europa an Deutschland scheitern, dann wäre die Zukunft verspielt und Willy Brandt würde tragischerweise Recht behalten: Ohne Sicherheit ist wirklich Alles Nichts.